

dbb jugend magazin für junge leute im öffentlichen dienst

Arbeitsmarkt und Inklusion

Chancen der Digitalisierung nutzen

7



3

Verwaltung:
Vertrauenskultur
etablieren



5

Ehrenamt:
Steuerliche
Entlastungen



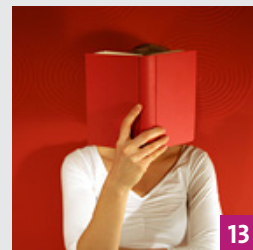
10

Teilhabegesetz:
Der Mensch steht
im Fokus



12

Premiere:
Digitales
BildungsCamp



13

Lesen im Lockdown:
Bücher 2021



Hier findet Ihr die dbb jugend auf Instagram

Herausgeber:
dbb jugend

Sturm auf das United States Capitol

Gemeinsam für die Demokratie

Ich hatte mich am 6. Januar 2021 schon auf den Weg ins Bett gemacht als ich eine Nachricht von meinem Bruder bekam: „Mach mal den Fernseher an und schalte auf einen Nachrichtensender.“ Etwas stutzig, aber mit überwiegender Neugier schaltete ich das Gerät ein und war sofort geschockt von dem was ich zu sehen bekam: Eine große Menschenmenge stürmte gewaltsam das United States Capitol in Washington. An diesem Tag sollte der Kongress dort die Wahl von Joe Bidens zum neuen Präsidenten bestätigen. Die Sitzung musste unterbrochen und die Abgeordneten in Sicherheit gebracht werden. Schon vor der eigentlichen Wahl im November war über die Möglichkeit von Ausschreitungen berichtet worden. Umso überraschender war für mich eben nun der Angriff kurz vor der Amtsübergabe am 20. Januar 2021. Wenn ich jetzt noch ein paar Tage danach an diesen Moment denke läuft mir immer noch eiskalt ein Schauer über den Rücken. Einen größeren Angriff auf die Demokratie eines Landes kann man sich wohl kaum vorstellen. Leider zeigen sich auch bei uns immer mehr antidemokratische Tendenzen. Im August 2020 durchbrachen Demonstranten Absperrungen am Reichstag und hissten Reichsflaggen. Ich möchte hier auf keinen Fall die

se beiden Ereignisse auf irgendeine Art miteinander vergleichen. Dennoch war es so, dass ich mich sofort bei diesen Bildern aus den USA an diese Situation in Deutschland erinnert fühlte. Allerdings zeigt es eben, dass gewisse Tendenzen auch bei uns in Deutschland vorhanden sind. Bei uns gibt es ebenfalls Bewegungen die antidemokratischen Parolen und entsprechendes Gedankengut verbreiten. Sie rufen genauso dazu auf, sich endlich gegen eine angebliche Diktatur und Unterdrückung zu wehren. Nicht wenige darunter werden die Vorgänge in den Vereinigten Staaten gutheißen, wenn nicht sogar bewundern. Der Gedanke daran besorgt mich sehr. Wirken wir diesen Gruppen und Tendenzen nicht entgegen, werden diese noch radikaler und gewalttätiger. Dies können wir nur gemeinsam und geschlossen als Gesellschaft erreichen. Ein großer Punkt ist diesen aufzuzeigen, dass in unserer Gesellschaft für Antidemokratie, Rassismus und Verschwörungstheorien kein Platz ist. Wir müssen jetzt zusammenhalten und gemeinsam für die Demokratie eintreten. Dann ist für diese Gesinnung und dieses Gedankengut kein Platz. ■

Christoph Strehle,
stellvertretender Vorsitzender



Wir starten in ein neues Jahr – mit großen Herausforderungen, aber auch viel Tatendrang, denn es gibt viel zu tun.

In der Corona-Pandemie ist der schleppende Fortschritt bei der Digitalisierung der Verwaltung deutlich spürbar. Im t@cker-ticker lest ihr, was es braucht, damit die Digitalisierung im öffentlichen Sektor erfolgreich und überall mit gleicher Qualität umgesetzt werden kann.

Aber auch wenn man die ganze Gesellschaft in den Blick nimmt, zeigt sich, dass nicht alle digital teilhaben können. In der t@cker-story blicken wir auf den Arbeitsmarkt und erklären, welche Risiken und Chancen für Menschen mit Behinderung durch die Digitalisierung bestehen und warum dem öffentlichen Dienst dabei eine Vorbildfunktion zukommt.

Außerdem berichtet Ingo Klatt im t@cker-fokus wie die Berliner Verwaltung das Bundesteilhabegesetz umgesetzt hat – ein gigantischer Change-Prozess. Ich freue mich, dass die dbb jugend NRW auch immer neue Wege geht und frische Formate ausprobiert. Als jüngstes Projekt fand am 19. Dezember 2020 das erste Digitale BildungsCamp statt – mit großem Erfolg. Mehr dazu erfahrt ihr in der Rubrik t@cker-inside.

Kommt gut durch die Pandemie, bleibt gesund und lasst euch aus der Ferne drücken.

Karoline Herrmann
Vorsitzende dbb jugend

Impressum

herausgeber: Bundesjugendleitung, dbb beamtenbund und tarifunion, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin, telefon: 030. 40 81 - 57 51, e-mail: info@dbb.de, redaktion@dbb.de. **redaktion:** Michaela Zimmermann (verantwort.), Friedrichstraße 169, 10117 Berlin, telefon: 030. 40 81 - 55 50, e-mail: redaktion-tacker@dbb.de. **fotos:** titel: Andi Weiland | Gesellschaftsbilder.de, René Schulte | fotolia.com, Tinett Kähler, colourbox.de, **tacker:** Hunter Bliss Images | colourbox.de, **ticker:** Tinett Kähler, fotolia.com, **story:** Thilo Schmülgen, colourbox.de, **fokus:** Andi Weiland | Gesellschaftsbilder.de, **inside:** dbb jugend nrw, **tips:** Verlagsbilder, **service:** colourbox.de/pressmaster. **anzeigen:** dbb vorsorgewerk GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin, tel 030. 40 81 - 64 00, fax 030. 40 81 - 64 99, e-mail vorsorgewerk@dbb.de, t@cker wird gefördert aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Für die Inhalte der in t@cker gelinkten Internetseiten übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Gefördert vom:



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Digitale Verwaltung

Digitalisierung erfordert Qualifizierung

Die dbb jugend hat den schleppenden Fortschritt bei der Verwaltungsmodernisierung erneut kritisiert. Damit die Digitalisierung im öffentlichen Sektor erfolgreich und überall mit gleicher Qualität umgesetzt werden kann, muss neben der technischen Infrastruktur auch die Qualifizierung der Beschäftigten systematisch vorangehen. Dabei sollte die Expertise der „Digital Natives“ genutzt werden.

„Im Supermarkt bezahlen wir kontaktlos mit der Smartwatch, aber in unserer Arbeit müssen wir Beschäftigten der öffentlichen Verwaltung für jede Kleinigkeit einen persönlichen Termin mit den Kunden vereinbaren. Wir erledigen Banküberweisungen per Gesichtserkennung, aber feiern PDF-Formulare als die neuste Errungenschaft im digitalen Amt: Dass die Bürgerinnen und Bürger, aber auch wir Verwaltungsmitarbeitende, da langsam die Geduld verlieren, ist wohl mehr als verständlich. Es wird höchste Zeit, dass gemeinsam mit den Beschäftigten sinnvolle technische Lösungen entwickelt werden: von Nutzenden und Benutzenden hergedacht, zielgruppengerecht ausgestaltet, kompatibel über alle Gebietskörperschaften, Behörden- und Verwaltungsebenen hinweg“, erklärte dbb jugend-Chefin Karoline Herrmann auf dem Online-Kongress des Behördenspiegels zur Digitalisierung der Verwaltungen der norddeutschen Bundesländer am 3. Dezember 2020.

Die Mitarbeitenden müssten in allen Change-Vorhaben mitgenommen werden. „Niemand darf Angst um seinen Arbeitsplatz, vor Über- oder Unterforderung haben. Des-

halb muss der Modernisierungs- und Digitalisierungsprozess auch mit ausreichenden und passgenauen Ausbildungs- und Qualifizierungsangeboten flankiert werden. Diese müssen den Beschäftigten verbindlich zustehen und sie fit für die Herausforderungen von morgen machen“, forderte Herrmann.

Expertise der Digital Natives nutzen

Die junge Generation könne dabei eine entscheidende Rolle spielen. „Die jungen Beschäftigten im öffentlichen Dienst bringen als ‚Digital Natives‘ viele Kompetenzen mit, zum Beispiel das intuitive Arbeiten mit immer wieder neuen digitalen Tools. Diese Fähigkeiten junger Beschäftigter müssen anerkannt und gemeinsam mit dem Erfahrungswissen der Älteren aktiv für die Digitalisierung der Verwaltung genutzt werden. Hier können sich ganz neue Begegnungen auf Augenhöhe zwischen Berufseinsteigerinnen und -einsteiger sowie erfahrenen Kolleginnen und Kollegen ergeben“, sagte die dbb jugend Chefin am 6. Januar 2021 auch im Rahmen eines digitalen Treffens mit Ina-Maria Ulbrich, Staatssekretärin für Digitalisierung in Mecklenburg-Vorpommern. Digitales Arbeiten erfordere eine zeitgemäße IT-Ausstattung und technische Infrastruktur, darin waren sich Ulbrich und Herrmann bei ihrem Gespräch einig. Entscheidend für Flächenländer wie Mecklenburg-Vorpommern sei der Breitbandausbau. „Ohne einen konsequenten und flächendeckenden Netzausbau ist die Digitalisierung des öffentlichen Dienstes nicht denkbar. Dabei geht es nicht nur darum, dass die Behörden und Ge-



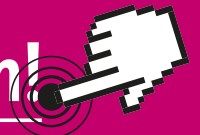
bietskörperschaften gut angebunden sind. Die Bürgerinnen und Bürger brauchen ebenso einen schnellen Internetzugang, um digitale Dienstleistungen nutzen zu können“, sagte Herrmann.

Die Digitalisierung des öffentlichen Dienstes sei kein einmaliges Projekt, sondern wird eine stetige Weiterentwicklung erfordern. „Es gilt, die Kompetenzen der jungen Beschäftigten zu nutzen, die dazu notwendigen Voraussetzungen zu schaffen und insgesamt dafür zu sorgen, dass der öffentliche Dienst seine wichtigen Aufgaben für das Gemeinwohl – auch digital – weiterhin zuverlässig erfüllt“, so die dbb jugend Chefin. ■

Was sonst noch geschah ...

... darüber berichten wir tagesaktuell auf der **Homepage der dbb jugend** unter www.dbbj.de

t@cker abonnieren? Hier anmelden!



Digitalkonferenz der SPD-Bundestagsfraktion

Verwaltung der Zukunft: Neue Kultur des Vertrauens etablieren

„Mehr Wertschätzung, ein modernes Arbeitsumfeld und attraktive Bezahlung sind die harte Währung, die öffentliche Arbeitgebende für gute Fachkräfte auf den Tisch legen müssen“, erklärte dbb jugend-Vorsitzende Karoline Herrmann am 17. Dezember 2020 auf der Digitalkonferenz der SPD-Bundestagsfraktion zur Zukunft des öffentlichen Dienstes.

Im Ringen um die besten Mitarbeitenden stehe der öffentliche Dienst nicht nur mit der Wirtschaft in Konkurrenz, sondern auch mit sich selbst, gab Herrmann zu bedenken. „Seit der Dienstrechtsneuordnung 2009 driften Länder und Bund in Sachen Besoldung und Versorgung immer weiter auseinander. Wir sprechen hier von 17 verschiedenen Dienstrechten mit zig unterschiedlichen Besoldungstabellen. Das ist nicht nur unübersichtlich, sondern hemmt

auch den länderübergreifenden Wechsel von einem Dienstherrn zum anderen“, monierte Herrmann. Für die tarifierten Bereiche der Verwaltung sieht sie darüber hinaus noch ungenutzte Spielräume: „Die Tarifverträge und Besoldungsgesetze müssen flexibler werden, um besondere Leistungen finanziell abzubilden und Fachkräfte speziell für Mangelberufe zu gewinnen. Wir müssen hier vor allem auch über die aktuelle Krise hinausdenken. Weder der Fachkräftemangel noch die Mängel bei der Digitalisierung werden sich in Pandemiezeiten in Luft auflösen – im Gegenteil. Wir brauchen jetzt Antworten in Form nachhaltiger Tarifierung und Gesetze.“

Das Argument, der öffentliche Dienst sei als Arbeitsgeber eine sichere Bank, reiche längst nicht mehr aus, um bei den gut ausgebildeten Nachwuchskräften zu punkten. „Es gibt keine Branche, in der mehr befristete

Arbeitsverträge vorherrschen als im öffentlichen Sektor. Und das hat sich herumgesprochen“, mahnte Herrmann. Doch selbst wenn der öffentliche Sektor diese strukturellen Probleme in absehbarer Zeit in den Griff bekommen sollte, fehlt es laut Herrmann an vielen anderen Stellen an Innovationskraft. „Der öffentliche Dienst muss sein verstaubtes Image loswerden. Ein grundlegender Kulturwandel weg von der Präsenz- hin zur Vertrauenskultur ist dafür Voraussetzung. Nur so können wir die Außenwirkung des öffentlichen Dienstes in all seinen Bereichen langfristig nach vorne bringen“, machte Herrmann deutlich. Gelingen könne dies mit zeitgemäßen Personalentwicklungskonzepten, technisch gut ausgestatteten Arbeitsplätzen und flexiblen Arbeitszeitmodellen, die den Beschäftigten die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Freizeit ermöglicht. ■



dbb jugend
beamtenbund
und tarifunion

SEMINARE und WORKSHOPS der dbb jugend

Save the Date

2021

Wir bieten Euch in 2021 spannende, neue und mitreißende Seminare und Workshops aus den verschiedensten Bereichen an.

► **Themen, Termine und Anmeldung** ◀

Friedrichstraße 169 | 10117 Berlin

Tel 030. 40 81 - 57 51

Fax 030. 40 81 - 57 99

✉ info.dbbj@dbb.de

🌐 www.dbbj.de

📘 facebook.com/dbbjugend

📷 instagram.com/dbbjugend

🐦 twitter.com/dbbjugend

Ehrenamt und Engagement

Herrmann: Steuerliche Entlastungen reichen nicht aus



Die Corona-Pandemie hat deutlich gemacht, dass freiwilliges und ehrenamtliches Engagement unverzichtbar ist. Mit dem neuen Jahr wird dieses Engagement finanziell besser gewürdigt. Doch das reicht nicht, sagt dbb jugend Chefin Karoline Herrmann.

Die dbb jugend fordert seit Jahren, dass das Ehrenamt gestärkt wird. Viele junge Menschen engagieren sich häufig neben dem eigentlichen Beruf und auch teils auf eigene Kosten. Ab 2021 gibt es zumindest steuerrechtlich einige Verbesserungen. Vereine und Organisationen erstatten den ehrenamtlich Engagierten ihre Auslagen pauschal. Diese Erstattungen sind steuerfrei, sofern sie bestimmte Grenzen nicht überschreiten. Die bisherigen Höchstgrenzen werden 2021 von 2400 Euro auf 3000 Euro im Jahr (Übungsleiterfreibetrag) beziehungsweise 720 Euro auf 840 Euro im Jahr (Ehrenamts-pauschale) angehoben. Vom Übungsleiterfreibetrag profitieren zum Beispiel Trainerinnen und Trainer, die diese Tätigkeit nebenberuflich in Sportvereinen ausüben. Die Ehrenamts-pauschale unterstützt diejenigen, die nicht unter die Übungsleiter-pauschale fallen, sich aber gleichwohl ehrenamtlich engagieren, zum Beispiel als Schriftführerinnen und Schriftführer in gemeinnützigen Vereinen. Karoline Herrmann weist daraufhin, dass Parteien, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände nicht zu

den begünstigten Organisationen gehören. „Wenn jemand ehrenamtlich in einer Gewerkschaft mitwirkt und eine Aufwandsentschädigung erhält, muss diese in der Steuererklärung angegeben werden. Die Ehrenamts-pauschale ist nicht anwendbar. Wir fordern, dass auch das gewerkschaftliche Ehrenamt in die Steuerbefreiung aufgenommen wird.“

Um junge Menschen zu motivieren, ehrenamtlich tätig zu werden, und um sie längerfristig an das Ehrenamt zu binden, müssen laut Herrmann auch im öffentlichen Dienst weitere Anreize geschaffen werden. „Das ehrenamtliche Engagement und die durch das Ehrenamt erworbenen Fähigkeiten sollten im Beruf und bei der Einstellung anerkannt werden. Wir brauchen auch mehr Möglichkeiten von bezahltem Sonderurlaub für ehrenamtliche Tätigkeiten“, so Herrmann. „Das Ehrenamt ist für das Funktionieren unserer Gesellschaft unabdingbar. Insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Vorbildfunktion des Staates muss es eine umfassendere Unterstützung und Wertschätzung von ehrenamtlich Tätigen geben.“ ■

Kinderrechte

Grundgesetz ändern – zum Wohle der Kinder

32 Jahre seit Bestehen der UN-Kinderrechtskonvention (UN-KRK) und 29 Jahre seit Rechtsgültigkeit in Deutschland durch Ratifizierung haben sich die Koalitionsparteien CDU/CSU und SPD nach langen Ringen auf die Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz geeinigt. Die dbb jugend begrüßt den längst überfälligen Schritt.

„Die beabsichtigte Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz sendet eine wichtige Botschaft an unsere Gesellschaft: Kinder sind unser höchstes Gut, unser Liebstes, unsere Zukunft. Das Kindeswohl hat oberste Priorität und gehört verfassungsrechtlich festgeschrieben. Damit wird es zur Basis unseres

Handelns“, machte die Chefin der dbb jugend Karoline Herrmann am 12. Januar 2021 deutlich.

Mit der Aufnahme der Kinderrechte in das Grundgesetz wird auch einer Forderung der dbb jugend Rechnung getragen. „Das Wohl von Kindern wird in den Mittelpunkt gestellt. Kinder werden als eigenständige Rechtsträger anerkannt. Eltern wird in ihrer Erziehungsaufgabe der Rücken gestärkt. Kinder werden besser geschützt und gefördert. Sie sind anzuhören und zu beteiligen, wenn es um ihre Belange geht. Das ist die Basis für eine gleichberechtigte Gesellschaft, die auch selbstverantwortlich handelnde Erwachsene hervorbringt“, betont Herrmann.

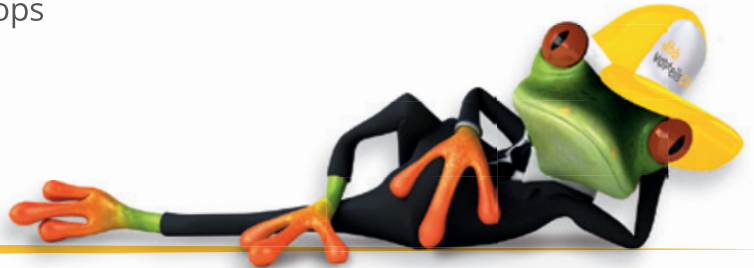
Die Änderung des Grundgesetzes soll noch vor der Bundestagswahl im September dieses Jahres erfolgen. Dafür ist eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag und Bundesrat nötig. Herrmann fordert eine zügige Umsetzung: „Nach drei Jahrzehnten parteipolitischer Streitigkeiten um die Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz sind wir so weit gekommen. Jetzt heißt es durchziehen – zum Wohle der Kinder!“ ■



Tipp: dbb vorteilsClub

Willkommen im dbb vorteilsClub! Dank Club-Mitgliedschaft stehen Ihnen künftig neue und besondere Angebote zur Verfügung.

- Einkaufsrabatte in über 350 Markenshops
- dbb autoabo: Eine Rate – alles drin
- Newsletter: Keine Mitglieder-vorteile verpassen



Shopping- und Erlebnisrabatte

bis zu
16 %
Rabatt

home24

20 %
Rabatt

 **fitbit**

bis zu
80 %
Rabatt

BestSecret
Fashion for members only

30 %
Rabatt

 **adidas**

dbb autoabo: Die entspannte Mobilitätslösung

- ✓ **Ganz flexibel.**
Kurze Vertragslaufzeiten von 6 bis 24 Monate
- ✓ **Null Euro.**
Keine Anzahlung, keine Schlussrate
- ✓ **Eine Rate. Alles drin.**
Niedrige Monatsraten inklusive Kfz-Versicherung,
Kfz-Steuer, jahreszeitgerechte Bereifung, Wartung
und Werksfracht.

dbb autoabo
Eine Rate. Alles drin.



SEAT Leon FR
(Mild Hybrid) ab
359 €*
mtl. Komplettrate

* Fahrzeugzulassung auf die Fleetpool GmbH oder einen Kooperationspartner; Abwicklung über die Fleetpool GmbH; Mindestalter bei Vertragsabschluss 21 Jahre; Einmalige Zulassungspauschale von 89 €; All Inclusive-Rate inklusive Werksfrachtkosten, Kfz-Versicherung (Vollkasko/Teilkasko und Kfz-Haftpflicht), Kfz-Steuer und Wartung bis zur vertraglich vereinbarten Freikilometergrenze; Alle Preise inklusive gesetzl. MwSt.; CO₂-Emissionen siehe www.dat.de; Abbildungen beispielhaft; Änderungen vorbehalten; Begrenzte Stückzahl; Bonität vorausgesetzt; Es gelten die AGB der Fleetpool GmbH; Speziell für dbb-Mitglieder und ihre Angehörige.

www.dbb-vorteilswelt.de/club



Digitalisierungstreiber Corona verstärkt Chancen und Risiken für Menschen mit Behinderung.

Arbeitsmarkt und Inklusion

Chancen der Digitalisierung nutzen

In der Corona-Pandemie sind die soziale und digitale Teilhabe stark miteinander verschmolzen: Nur wer Zugang zu technischen Geräten und Kenntnisse über die digitalen Anwendungen hat, kann gegenwärtig umfassend auf dem Arbeitsmarkt partizipieren. Für Menschen mit Behinderungen kann das zu einer noch stärkeren Ausgrenzung führen. Jedoch bietet die Digitalisierung auch die Chance den Arbeitsmarkt inklusiver zu gestalten. Dem öffentlichen Dienst kommt dabei eine Vorbildfunktion zu.

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie sind für Menschen mit Behinderung besonders gravierend: Im Oktober 2020 lag die Anzahl der arbeitslosen Menschen mit Schwerbehinderung in Deutschland um rund 13 Prozent höher als im Vorjahresmonat. Das entspricht 173 709 Menschen mit Behinderungen ohne Arbeit – der höchste Wert seit 2016. Das geht aus dem „Inklusionsbarometer Arbeit 2020“ der Aktion Mensch und des Handelsblatt Research Institutes hervor. Zwar steigt die Zahl der arbeitslosen Menschen mit Behinderung langsamer an als die allgemeine Arbeitslosenquote, jedoch dürften die negativen Folgen der Corona-Pandemie für Arbeitslose mit Schwerbehinderung deutlich länger andau-

ern. „Haben Menschen mit Behinderung ihren Arbeitsplatz erst einmal verloren, finden sie sehr viel schwerer in den ersten Arbeitsmarkt zurück als Menschen ohne Behinderung“, erklärt Christina Marx, Sprecherin der Aktion Mensch. Das liege auch daran, dass es bei vielen Arbeitgebern immer noch zu vielen Bedenken im Umgang mit Menschen mit Behinderung gibt, obwohl sie nachweislich die fachlichen Qualifikationen erfüllen. „Dass diese Befangenheit aber unbegründet ist, wird uns aus der Praxis bestätigt: So sagen vier von fünf von uns befragte Organisationen, die Menschen mit Behinderung beschäftigen, dass sie beispielsweise keine Leistungsunterschiede feststellen“, so Marx.

Neben den Barrieren in den Köpfen existieren auch oft räumliche und technische Hürden. „Wir stellen fest, dass Barrierefreiheit am Arbeitsplatz – auch digitale Barrierefreiheit – vielfach noch nicht mitgedacht wird. Damit aber auch Menschen mit Behinderung von dem Digitalisierungsschub profitieren können, den wir derzeit durch die Corona-Pandemie erleben, muss sich hier zwingend etwas ändern. Sonst resultieren die an sich großen Potenziale, die die Digitalisierung für Inklusion birgt, in einer noch größeren Ausgrenzung“, warnt Marx.

Digitalisierung erleichtert Inklusion am Arbeitsmarkt

Dass Technologie die Inklusion am Arbeitsmarkt erleichtert, erkennen vor allem Arbeitgeber, die bereits viel digital arbeiten. Laut einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft setzen im Dienstleistungssektor viele Betriebe technische Mittel gezielt ein, um Menschen mit Behinderung zu beschäftigen. Im Industrie- und Bausektor steht die Inklusion über Digitalisierung eher hinten an. Am besten gelinge es Unternehmen, Menschen mit Behinderung über technische Geräte wie Smartphones, Notebooks und Tablets in den Arbeitsalltag einzubinden. Inklusion am Arbeitsplatz geschieht aber auch über Lernvideos und Software.



Digitale Assistenzsysteme wie Screenreader, Notfallsysteme oder Erinnerungs-Apps unterstützen viele Menschen mit Behinderung eigenständig zu leben.

Barrierefreie Infrastruktur schaffen

Während der Corona-Pandemie sind in vielen Lebensbereichen die digitale und soziale Teilhabe noch stärker verschmolzen. Durch die zunehmende Bedeutung digitaler Formate haben Menschen mit Behinderung durchaus mehr Möglichkeiten zur Partizipation auf dem Arbeitsmarkt, aber auch im Bildungswesen und in der Freizeit. Digitale Lösungen ermöglichen Menschen, die weniger mobil sind, flexibles und ortsunabhängiges Arbeiten und Lernen. Digitale Assistenzsysteme wie Screenreader, Notfallsysteme oder Erinnerungs-Apps schaffen für viele Menschen mit Behinderung zudem eine größere persönliche Unabhängigkeit. Doch grundsätzlich gilt für Menschen mit und ohne Behinderung: Nur wer Zugang zu technischen Geräten und Kenntnisse über die digitalen Anwendungen hat, kann die Angebote umfassend nutzen. Voraussetzung dafür sind vor allem eine flächendeckend barrierefreie Infrastruktur in der Stadt und auf dem Land sowie die kontinuierliche Einbeziehung von Menschen mit Behinderung in die Gestaltung neuer Angebote. Inklusion und digitale Teilhabe sind gesamtgesellschaftliche Prozesse, die eine vielfältige und zukunftsfähige Gesellschaft erst möglich machen. Dazu müssen Menschen mit Behinderung in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft endlich die Akzeptanz und Unterstützung erfahren, welche für eine gleichberechtigte Teilhabe notwendig sind. ■

Ein Problem ist nach Aussage des Instituts der deutschen Wirtschaft die Informationslage. Viele Unternehmen fühlen sich nicht ausreichend über rechtliche Bedingungen und finanzielle Unterstützung informiert. „Gerade kleine Betriebe brauchen besseren Zugang zu Informationen“, sagen die Studienautoren Anika Jansen und Christoph Metzler. „Ihnen fehlen die Ressourcen, sich aktiv mit dem Thema zu beschäftigen.“ Die Expertinnen und Experten verweisen auf Portale wie [Re-hadat.de](https://re-hadat.de), die Betrieben wesentliche Informationen an die Hand geben, um Inklusion am Arbeitsplatz erfolgreich umzusetzen.

Der öffentliche Dienst hat Vorbildfunktion

Die Bundesagentur für Arbeit hat für 2021 rund 2,7 Milliarden Euro in den Haushalt eingestellt, um die Teilhabe am Arbeitsleben für Menschen mit Behinderungen zu fördern. Mit dem Budget werden Aus- und Weiterbildungen, Eingliederungszuschüsse an Arbeitgeber und Leistungen zur beruflichen Bildung finanziert. Die Bundesagentur für Arbeit geht als Arbeitgeber selbst mit gutem Beispiel voran: Jeder zehnte Beschäftigte ist schwerbehindert. Die Inklusion von Menschen mit Behinderungen zählt zum Selbstverständnis. So wirbt die Bundesagentur für Arbeit gezielt um Mitarbeitende mit Schwerbehinderung. Die öffentliche Verwaltung des Bundes, der Länder und der sonstigen Gebietskörperschaften hat aus Sicht der Bundesregierung auch eine Vorbildfunktion hinsichtlich der Beschäftigungsquote von Menschen mit Behinderung. Öffentliche und private Arbeitgeber mit mindestens 20 Arbeitsplätzen sind gesetzlich verpflichtet, auf mindestens fünf Prozent der Arbeitsplätze schwerbehinderte Menschen zu beschäftigen. Wenn diese Quo-

te nicht erreicht wird, müssen Arbeitgeber eine Ausgleichsabgabe (je nach Erfüllungsgrad zwischen 140 bis 360 Euro im Monat) an das Integrationsamt zahlen. Nach der letzten veröffentlichten Auswertung durch die Bundesagentur für Arbeit betrug der Anteil der Menschen mit Behinderung bei den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes 6,4 Prozent. Bei den Bundesministerien hatten im Jahr 2017 das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) mit 11,05 Prozent und das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) mit 10,2 Prozent den höchsten prozentualen Anteil schwerbehinderter beziehungsweise gleichgestellter Beschäftigter. Im nachgeordneten Bereich des Bundesministeriums des Innern lag bei der Bundespolizei (BPol) der prozentuale Anteil bei nur 4,39, während das Bundesverwaltungsamt (BVA) die Quote mit 9,28 Prozent erfüllte. Die privaten Arbeitgeber haben im Durchschnitt hingegen nur eine Quote von 4,1 Prozent.

Mehr Infos

Inklusionsbarometer Arbeit

Seit 2013 erstellt das Handelsblatt Research Institute in Kooperation mit der Aktion Mensch jährlich das Inklusionsbarometer. Basierend auf den jüngsten statistischen Daten der Bundesagentur für Arbeit (BA) und der Integrationsämter werden zehn Teilindikatoren ausgewertet. Diese geben Auskunft über den aktuellen Grad der Inklusion von Menschen mit Behinderung in den ersten Arbeitsmarkt. Ziel ist es, Ansatzpunkte zu identifizieren, mit deren Hilfe Inklusion vorangetrieben werden kann. Aus aktuellem Anlass enthält die Studie 2020 ein Sonderkapitel, das die Corona-Pandemie und ihre Folgen für die Arbeitsmarktsituation von Menschen mit Behinderung anhand aktuellster statistischer Daten der BA analysiert.

[Zum Inklusionsbarometer](#) (Aktion Mensch)



dbb
vorsorgewerk
günstig • fair • nah

BB
Bank
Better Banking

Das junge Girokonto für Berufsstarter.¹

Extrem flexibel.
Auch auf lange Sicht.

- ✓ **50,- Euro Startguthaben**
für dbb-Mitglieder und
deren Angehörigen
- ✓ **0,- Euro fürs Girokonto¹**
Kostenfrei enthalten:
Kontoführung und girocard
(Ausgabe einer Debitkarte)¹
- ✓ **Weltweit gebührenfrei²**
Geld abheben
mit der kostenfreien Visa DirectCard²
(Ausgabe einer Debitkarte)



On top:
100,-^{Euro}
Jubiläumsbonus
für Berufsstarter³



Jetzt informieren
in Ihrer Filiale vor Ort,
per Telefon unter 0721 141-0
oder auf www.bbbank.de/dbb



www.bbbank.de/termin

Folgen Sie uns



¹Voraussetzungen: BBBank-Junges Konto mit Online-Überweisungen ohne Echtzeit-Überweisungen, Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied ab 18 Jahren. Bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres. Danach erfolgt die Umwandlung in ein Girokonto mit monatlichem Kontoführungsentgelt i. H. v. 2,95 Euro, girocard (Ausgabe einer Debitkarte) 11,95 Euro p. a.; Eingang Ausbildungsvergütung bzw. Gehalt/Bezüge ab Ausbildungsbeginn/Berufsstart. ²36 Freiverfügungen am Geldautomaten pro Abrechnungsjahr; jede weitere Verfügung 1,50 Euro. Voraussetzung: BBBank-Junges Konto mit Online-Überweisungen ohne Echtzeit-Überweisungen, Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied, Visa DirectCard (Ausgabe einer Debitkarte) ab 18 Jahren bonitätsabhängig möglich. Bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres. Danach erfolgt die Umwandlung in ein Girokonto mit monatlichem Kontoführungsentgelt i. H. v. 2,95 Euro, girocard (Ausgabe einer Debitkarte) 11,95 Euro p. a., Visa DirectCard (Ausgabe einer Debitkarte) 18,- Euro p. a. ³Voraussetzungen: **Eröffnung BBBank-Junges Konto zwischen dem 01.02. und dem 31.03.2021**, Neumitglied ab 18 Jahren bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres, keine Mitgliedschaft in den letzten 6 Monaten.

Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes

Der Mensch mit Behinderung steht im Mittelpunkt



Methap Yalcin hat Lernschwierigkeiten. Eine Beschäftigung in einer Werkstatt für behinderte Menschen kam für die junge Frau jedoch nie in Frage. Mit Hilfe des Netzwerkes für betriebliche Integration und Sozialforschung e.V. (BIS) hat die junge Frau ein Praktikum im „Cha Chä – positive eating“ in Berlin Mitte absolviert. Als Bar- und Servicekraft schenkte sie dort acht Stunden täglich Gästen auf der Friedrichstraße frische Smoothies, Ice Tea und andere Getränke aus. Sie war ins Team eingebunden, erhielt Anerkennung und Aufmerksamkeit. Methap Yalcin hofft nun auf einen Ausbildungsplatz.

Mit dem Bundesteilhabegesetz (BTHG) wurde die Eingliederungshilfe aus der Sozialhilfe herausgelöst und in ein modernes Teilhaberecht umgewandelt. Ziel ist es, Menschen mit Behinderungen mehr Partizipation in allen Lebensbereichen zu ermöglichen und ihre Selbstbestimmung zu stärken. Ein Paradigmenwechsel, der vor allem auf Seiten der Verwaltung einen umfangreichen Veränderungsprozess eingeläutet hat. Ein Gespräch mit Ingo Klatt, Leiter des Grundsatzbereiches Eingliederungshilfe in der Berliner Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales über neue Strukturen, erhöhten Personalbedarf und eine kooperative Sozialraumplanung.

Herr Klatt, das BTHG hat seit 2016 umfangreiche Änderungen in der Eingliederungshilfe zur Folge gehabt. Wie ist der bisherige Umsetzungsstand in Berlin?

Es hat ein Paradigmenwechsel im Sinne der UN-BRK stattgefunden, das heißt der Wille des Menschen mit Behinderung und sein individueller Bedarf an Teilhabe werden in den Mittelpunkt gestellt. Menschen mit Behinderung – bislang Objekt der Fürsorge – werden in der Umsetzung des BTHG zum Subjekt und artikulieren ihren Unterstützungsbedarf, ihre Vorstellungen selbst. Das erfordert nicht nur neue Unterstützungsleistungen, sondern auch eine andere Haltung und neue Strukturen in der Verwaltung und bei den Leistungserbringern im Bereich der Freien Wohlfahrtspflege. Wir haben bei der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes von Anfang versucht, die Veränderungsprozesse gesamtheitlich zu denken. Als Ergebnis eines politischen und fachlichen Diskussionspro-

zesses haben wir uns entschieden, die Eingliederungshilfe auf der bezirklichen Ebene zu belassen. Wir haben jedoch eigene Teilhabefachdienste in den Sozial- und Jugendämtern gegründet, um mit allen Akteuren im Sozialraum gemeinsame Standards zu entwickeln, Zugangswege zu vereinfachen und Übergänge zu gestalten. Angelehnt an das erfolgreiche Modell der Jugendberufsagenturen, arbeiten wir in Berlin nun auch in der Eingliederungshilfe in sogenannten „Häusern der Teilhabe“ kooperativ zusammen und koordinieren uns in der Teilhabeplanung mit anderen Rehabilitationsträgern. Eine Schwachstelle war bislang die Vermittlung von jungen Menschen mit Behinderung in eine Ausbildung oder in den Beruf. Das hat bisher nicht immer gut geklappt, oft ging es ohne die Prüfung von Alternativen direkt in die Werkstatt für behinderte Menschen. Da setzen wir jetzt mit den „Häusern der Teilhabe“ an. Menschen mit Behinderung jeden

Alters finden zukünftig in jedem Bezirk Beratung, Unterstützung und Begleitung. Jetzt muss der Sichtwechsel, trotz aller notwendigen Verwaltungsprozesse, auch den Weg in die Herzen finden und lebendig werden.

Welcher Mehraufwand entsteht für die Behörden durch die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes?

Veränderungsprojekte haben immer einen Mehrbedarf, den man abdecken muss. Aber auch für das Regelgeschäft werden in der Eingliederungshilfe zukünftig mehr Stellen und andere Professionen wie Sozialpädagogik gebraucht. Bisher bestand ein Vorgang auf Seiten der Verwaltung im Prinzip aus Antrag, Bearbeitung und Bescheid. Jetzt wird der individuelle Bedarf mit dem Antragsteller und vielleicht einem Betreuer gemeinsam festgestellt. Dazu werden der Sozialraum und

Weitere Infos

Jugendberufsagenturen

Jugendberufsagenturen möchten die Chancen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in der Arbeitswelt verbessern. Dazu koordinieren und vernetzen sie die Kompetenzen der zuständigen Institutionen wie Jugendmigrationsdienste und Arbeitgeberorganisationen. Junge Menschen sollen so „aus einer Hand“ unterstützt werden.

Jugendberufsagenturen sind örtliche Kooperationsprojekte. Ihre Ausgestaltung wird maßgeblich durch das Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kommunen, den Agenturen für Arbeit und den Jobcentern vor Ort beeinflusst.

die Qualität der Leistungen in den Blick genommen. Um dem gerecht zu werden, haben wir für die Mitarbeiter Qualifizierungskonzepte und spezifische Fortbildungen mit der evangelischen Hochschule Berlin erarbeitet. Wie viele zusätzliche Stellen für die neuen Geschäftsprozesse insgesamt am Ende gebraucht werden, können wir noch nicht abschließend beziffern. Wir starten in Berlin zunächst mit 92 neuen Stellen in den Sozialämtern. Dazu kommen 12 neue Stellen bei den Jugendämtern sowie 24 Stellen für die Häuser der Teilhabe. Was man jedoch berücksichtigen muss: Nicht alle geschaffenen Stellen sind mit Personal besetzt. Es fehlt an Fachpersonal.

Das Budget für Arbeit ist mit dem BTHG als neue Leistung eingeführt worden. Wie entwickeln sich die Nutzungszahlen in Berlin?

Das Budget für Arbeit ist eine tolle Idee. Menschen mit Behinderungen sollen nicht in Sondersystemen untergebracht, sondern in den allgemeinen Arbeitsmarkt integriert werden. Mit dem Budget für Arbeit können Menschen aus einer Werkstatt in einen regulären Betrieb reinschnuppern, mit der Perspek-

tive, dass sich daraus eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ergibt. Leider läuft das schleppend an. Wir hatten im Oktober 2020 nur 20 Budgets für Arbeit in Berlin. Dazu kam mit der Coronakrise die Erkenntnis, dass es juristisch Nachbesserungsbedarf gibt, weil die Menschen nicht für das Kurzarbeitergeld berechtigt sind. Wir müssen mehr auf Möglichkeiten wie das Budget für Arbeit aufmerksam machen und auch die Arbeitgeber motivieren, Hürden in den Köpfen abzubauen und Menschen mit Behinderungen einzustellen.

Was sind 2021 die nächsten Schritte in Berlin im Hinblick auf die Umsetzung des Bundes-teilhabegesetzes?

Das sogenannte Teilhabeinstrument Berlin ist konzipiert und erprobt. Damit können die notwendigen Unterstützungsleistungen eines Menschen mit Behinderung in seiner jeweiligen Lebenssituation und im Hinblick auf seine individuellen Ziele ermittelt werden. Die flächendeckende Einführung des Instruments für die Teilhabeplaner war schon im Sommer 2020 vorgesehen. Wir hoffen, dass wir nun am 1. Juli 2021 starten können.

Langfristig ist unser Ziel, dass die strukturellen Veränderungen und Maßnahmen in der Eingliederungshilfe auch sichtbar ineinandergreifen und es für die leistungsberechtigten Menschen zu spürbaren Verbesserungen kommt. ■

Weitere Infos

Budget für Arbeit

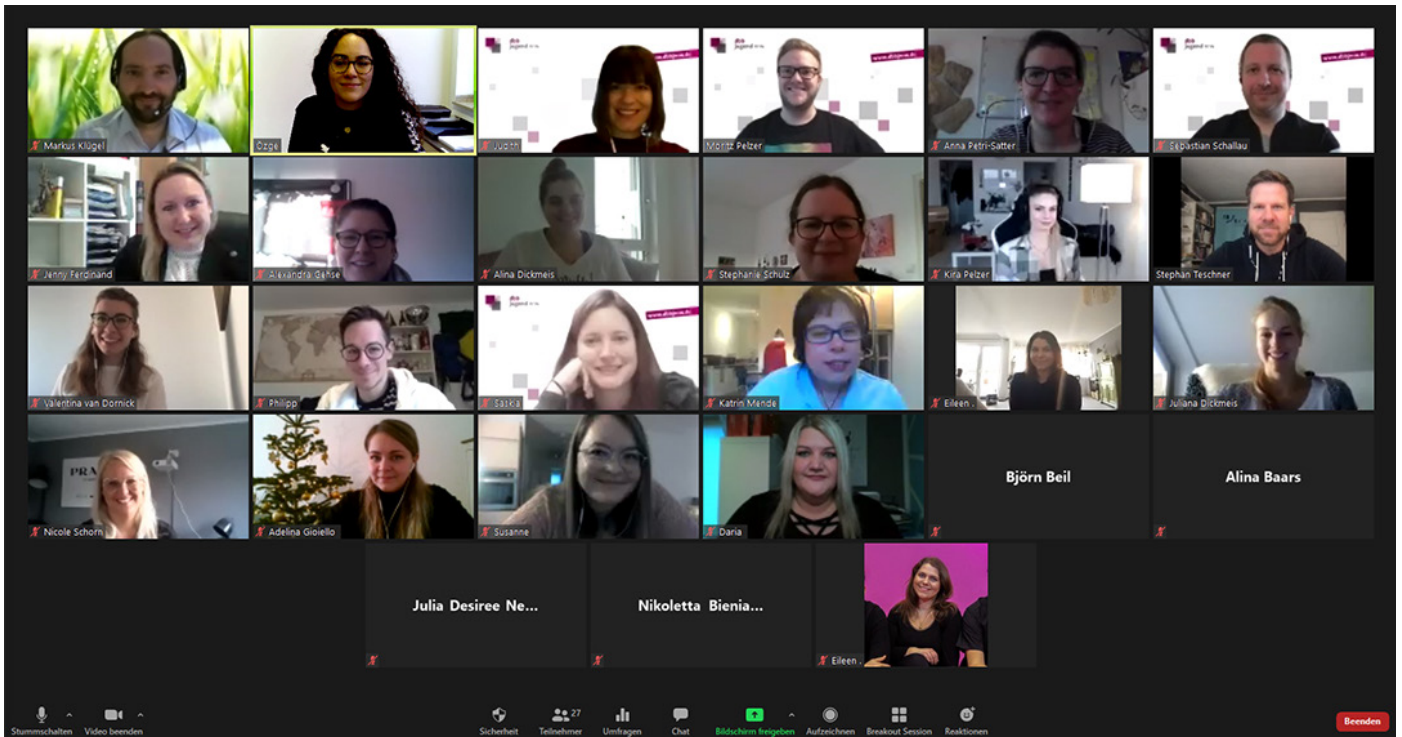
Das Budget für Arbeit soll Menschen mit Behinderung dabei helfen, einen Arbeitsplatz auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu finden. Es besteht aus zwei Teilen:

- Der Mensch mit Behinderung erhält Assistenz und Hilfsmittel, die er am Arbeitsplatz benötigt.
- Der Arbeitgeber erhält einen Lohnkostenzuschuss. Dieser kann bundesweit bis zu 75 Prozent des vorgesehenen Gehalts, aber höchstens 1.246 Euro in Westdeutschland, beziehungsweise 1.148 Euro in den neuen Bundesländern betragen.

Maßnahmen und Ziele des Bundesteilhabegesetzes



dbb jugend nrw



Digitales BildungsCamp – im Lockdown neue Wege gehen

Die dbb jugend nrw geht permanent neue Wege, testet frische Formate und entwickelt eigene Konzepte, um auch im Corona-Lockdown den Mitgliedern etwas zu bieten. Als jüngstes Projekt fand am 19. Dezember 2020 das erste Digitale BildungsCamp statt – mit großem Erfolg.

Ein Seminar als Online-Veranstaltung durchführen? Das ist schon lange nichts Besonderes mehr. Konferenzen und Gremiensitzungen digital abhalten? Das wurde bereits vielfach geübt. Virtuelle Fun-Aktivitäten? Die sind nun auch nicht mehr ganz neu. Die dbb jugend nrw will digitalen Wandel nicht nur erleben, sondern ihn auch gestalten. Der gewerkschaftliche Jugenddachverband packte daher seine digitale Erfahrung zusammen, kitzelte alles aus der digitalen Konferenztechnik heraus und entwickelte neue digitale Beteiligungsformen. Im Ergebnis kam ein ganz besonderes Projekt heraus: das erste Digitale BildungsCamp.

Schon vor der Veranstaltung wurden alle Interessierten eingebunden: Jede und jeder konnte im Vorfeld Themenvorschläge für mögliche Workshops einbringen und sich sogar selbst als Referentin oder Referent für ein Wunsch-Thema ins Spiel bringen. Viele kreative und spannende Themenvorschläge kamen auf diese Weise zusammen und wur-

den von der dbb jugend nrw gebündelt zur Abstimmung gestellt. Bearbeitet wurden am Ende fünf Themen in zwei aufeinander folgenden Workshop-Phasen, für die jeweils eine Stunde eingeplant wurde.

Cookies von Drittanbietern akzeptieren

Über 30 junge Menschen waren über Laptop, PC, Tablet oder Handy von zuhause aus dabei. Während die einen sich in der ersten Workshop-Phase mit dem Thema „Digitale Gewerkschaftsarbeit“ beschäftigten, informierten sich die anderen über das Thema „TikTok, Instagram & Co“. In der zweiten Phase hatten die Teilnehmenden die Wahl, sich über den richtigen Umgang mit Querdenkern & Verschwörungsmythen auszutauschen, erste Erfahrungen mit Sketchnotes zu sammeln oder in der digitalen Weihnachtsbäckerei Cookies von Drittanbietern zu akzeptieren. Das hieß gemeinsam Plätzchen-Rezepte zu testen – jede und jeder in der eigenen Küche und dennoch virtuell miteinander verbunden.

Breakout-Räume und Digitales Café

Technisch wurde der Wechsel von der Gesamtgruppe in die jeweiligen Kleingruppen und wieder zurück über sogenannte Breakout-Räume realisiert, die das parallele Arbeiten von virtuellen Kleingruppen kinderleicht möglich machte. Zwischen den

Über 30 junge Menschen haben an der Premiere des Digitalen BildungsCamps teilgenommen.

Workshop-Phasen kam die Teilnehmenden im „Digitalen Café“ wieder in der großen Runde zusammen. Wer wollte, konnte nach den Workshops noch an einem Fun-Event teilnehmen. Auch hier gab es verschiedene Optionen: Eine Gruppe spielte eine digitale Version des beliebten Brettspiel-Klassikers „Codenames“, während die andere Gruppe ein digitales Bier-Tasting durchführte. Hierfür hatte die dbb jugend nrw vorher fünf verschiedene Biere aus Düsseldorf, Münster, Bayern, Irland und Japan an die Teilnehmenden verschickt.

Die dbb jugend nrw freute sich über viel positives Feedback im Anschluss an die Veranstaltung. Viel Lob gab es für das innovative Konzept, die Auswahl und Aufbereitung der Themen sowie die vielfältigen Beteiligungsmöglichkeiten. Die dbb jugend nrw plant für 2021 eine Neuauflage der Veranstaltung. ■

Bei Euch ist was passiert?
Gibt's was Neues?

t@cker will es wissen!



Schickt Eure Post an: redaktion-tacker@dbb.de

Leseempfehlungen

Fünf Bücher, auf die wir uns im Frühjahr 2021 freuen können

Clubs, Kinos und Einkaufszentren geschlossen: Um die Corona-Pandemie einzudämmen steht das öffentliche und soziale Leben still. Das ist eine gute Gelegenheit, um ein Buch zu lesen. Wer nichts mehr im Regal stehen hat, kann beim lokalen Buchhandel fündig werden, der weiterhin geöffnet hat. Wir stellen fünf Bücher vor, die in den nächsten Wochen erscheinen und vielversprechend klingen.



„Kamala Harris: Die Biografie“ von Dan Morain

Sie wollte Präsidentin werden und ist „nur“ Vizepräsidentin geworden – und doch ist Kamala Harris ein Vorbild und die Hoffnung vieler, vor allem schwarzer Ameri-

kanerinnen. Dan Morain schreibt über ihren Weg zur mächtigsten Frau im Land, auf dem der Journalist sie viele Jahre lang begleitet hat. Er zeigt auf, was es für sie bedeutete, als Tochter einer Inderin und eines Jamaikaners im Kalifornien der 60er- und 70er-Jahre aufzuwachsen. Außerdem erfährt man wie Harris erst Attorney General von Kalifornien, dann US-Senatorin und schließlich Vizepräsidentin an der Seite von Joe Biden wurde. Die erste deutschsprachige Biografie über Kamala Harris erscheint am 25. Januar 2021 im Heyne Verlag.



„Abschied von Hermine“ von Jasmin Schreiber

Letztes Jahr stieg ihr Debüt-Roman „Marianengraben“ auf Platz 13 der SPIEGEL-Bestsellerliste ein. Die Corona-Pandemie hat Jasmin Schreiber

genutzt, um im Frühjahr 2021 mit einem neuen Buch nachzulegen. Darin erzählt sie anhand ihres verstorbenen Hamsters Hermine, wie wir auf die Welt kommen, was Altern eigentlich ist und was passiert, wenn wir sterben. Das Buch führt an der Pfote ei-

nes kleinen Hamsters humorvoll durch ein schweres Thema. „Abschied von Hermine“ erscheint am 29. März 2021 bei Goldmann.



„Mit Hitler reden“ von Tim Bouverie

Wie soll sich eine demokratische Gesellschaft gegenüber einem anschwelenden Autoritarismus verhalten? Der Historiker Tim Bouverie beschreibt ein besonders dramatisches Beispiel:

den Umgang Großbritanniens mit Hitler. Der Historiker stellt den langsamen Erkenntnisprozess während der 1930er Jahre eines politischen Establishments dar, das lange unsicher war, wie es mit Deutschland und dessen politischen Provokationen, zum Beispiel der Rheinlandbesetzung, umgehen sollte. Es ist eine historische Analyse und gleichzeitig ein Lehrstück über die Herausforderung, die autoritäre Figuren für Demokratien darstellen. Für die deutsche Ausgabe schreibt Bouverie ein Vorwort, das die aktuelle Lage in Europa in seinen historischen Kontext setzt. „Mit Hitler reden - Der Weg vom Appeasement zum Zweiten Weltkrieg“ erscheint am 26. Januar 2021 im Rowohlt Buchverlag.



„Das Privileg“ von Mary Adkins

Auf dem Campus einer Südstaaten-Universität kreuzen sich die Lebenswege dreier Frauen. Die schüchterne Annie stammt aus einer Kleinstadt und blüht an der renommier-

ten Carter University auf. Bea studiert Jura und hat als Tochter einer schwarzen Mutter und eines weißen Vaters früh gelernt, dass Recht nicht unbedingt Gerechtigkeit bedeutet. Stayja arbeitet als Kellnerin im Campus-Café. Seit ihre Mutter erkrankt ist, reicht das Geld kaum, um die Miete zu bezahlen. Ihre Schicksale verbinden sich auf unerwartete Weise durch die Begegnung mit dem wohlhabenden Studenten Tyler Brand. Tyler, der bei Stayja täglich so charmant seinen Kaffee kauft; der Annie auf einer Party sexuell genötigt haben soll; und von Bea juristisch beraten wird.

Ein kraftvolles Buch über Mut und #MeToo und drei junge Frauen in einer Welt, die nicht für sie gemacht ist.

„Das Privileg“ erscheint am 26. Januar 2021 im Kindler Verlag.



„Radikale Zärtlichkeit“ von Seyda Kurt

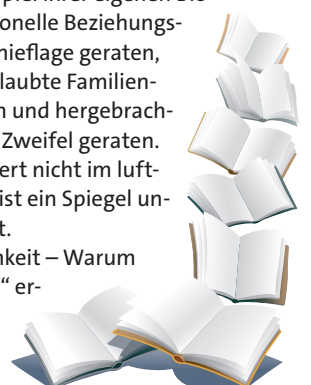
What is love? Ist die Liebe Sinn des Lebens, eine politische Allianz, Illusion oder Selbstzweck? Oder ist sie gar unmöglich, weil wir uns zwischen Zukunftsängsten, über-

höhten Ansprüchen und diskriminierenden Strukturen völlig zerreißen?

Seyda Kurt nimmt die allzu vertrauten Liebesnormen im Kraftfeld von Patriarchat, Rassismus und Kapitalismus auseinander – und erforscht am Beispiel ihrer eigenen Biografie, wie traditionelle Beziehungsmodelle in die Schieflage geraten, sobald sicher geglaubte Familienbande zerbrechen und hergebrachte Wahrheiten in Zweifel geraten. Denn Liebe existiert nicht im luftleeren Raum. Sie ist ein Spiegel unserer Gesellschaft.

„Radikale Zärtlichkeit – Warum Liebe politisch ist“ erscheint am 20.

April 2021 bei HarperCollins. ■





Ergänzende private Absicherung dringend empfohlen

Private Pflegevorsorge

Im Alter ist es zu spät ...

Für die Pflegevorsorge gilt das Gleiche wie bei der Altersvorsorge: Je früher man beginnt, desto günstiger sind die Beiträge für eine private Zusatzversicherung.

Die Deutschen werden in den kommenden Jahrzehnten im Durchschnitt nicht nur deutlich älter, sondern auch weniger. Dieser demografische Wandel führt zu einer Veränderung der Gesellschaft, die mit zahlreichen Herausforderungen verbunden ist. Besonders die Kosten für langfristige Pflegeleistungen werden Familien stark belasten.

Ergänzende private Absicherung dringend empfohlen

Die gesetzliche Pflegeversicherung stellt für Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst allenfalls eine Teilabsicherung dar. Das verdeutlicht folgendes Beispiel: Bei vollstationärer Pflege im Pflegegrad 5 werden monatlich max. 2.005 Euro übernommen. Doch die Gesamtkosten liegen viel höher. Die Lücke, die die Angehörigen privat finanzieren müssen – und das mitunter über viele Jahre – beträgt 1.700 Euro oder mehr. Nach Berechnungen von Pflegeexperten kann während einer achtjährigen Pflegedauer so eine finanzielle Belastung von mehr als 100.000 Euro entstehen.

Informiert Euch bei den Kollegen der Kundenberatung des dbb vorsorgewerk:

Montag bis Freitag von 10 bis 16 Uhr unter 030. 4081 6444.

www.dbb-vorteilswelt.de
www.facebook.com/dbb.vorteilswelt

Im Vorfeld ist leider kaum zu prognostizieren, welche Pflegekosten im individuellen Fall auf Angehörige zukommen, weil sie von der Gesundheit und der Pflegedauer der jeweils Betroffenen abhängig sind.

Nicht auf Vollkostenerstattung ausgelegt

Auch Beamtinnen und Beamte sind verpflichtet, eine – die Beihilfe ergänzende – Pflegepflichtversicherung abzuschließen. Aber selbst bei Beihilferechtigen sind mit Beihilfe, Heilfürsorge und Pflegepflichtversicherung dann nicht alle anfallenden Pflegekosten abgedeckt. Dies gilt insbesondere für die ambulante Pflege, die ein Weiterleben in der vertrauten Umgebung des eigenen Zuhauses ermöglicht. Um zu einer verstärkten Eigenvorsorge zu animieren, wird seit 2013 unter bestimmten Bedingungen der Abschluss einer privaten Pflegezusatzversicherung mit bis zu 60 Euro pro Jahr staatlich gefördert. Diese Versicherung, auch „Pflege-Bahr“ genannt, federt das Risiko finanzieller Belastungen aufgrund hoher Pflegekosten zwar ein Stück weit ab, schützt aber bei weitem nicht vollständig davor. Wer die Versorgungslücke deutlich schließen will, sollte daher frühzeitig eine private Pflegezusatzversicherung abschließen.

Pflegevorsorge plus Mitgliedervorteil

Bei der DBV Deutsche Beamtenversicherung, langjähriger Kooperationspartner des

dbb vorsorgewerk, können dbb-Mitglieder und ihre Angehörigen sich einerseits mit der „Pflegevorsorge VARIO“ einen flexiblen und mit 3% Beitragsvorteil ausgestatteten Versicherungsschutz sichern, der für alle Pflegegrade ab dem ersten Tag ohne Wartezeiten leistet. Tipp: Jeder Pflegegrad kann mit einem unterschiedlichen monatlichen Pflegegeld versichert werden. So sichert man zunächst möglichst preiswert nur Pflegegrade 4-5 ab und hat nach Ablauf von fünf Jahren die Möglichkeit, die Pflegegrade 1-3 zusätzlich abzudecken – ohne erneute Gesundheitsprüfung. Und durch Kombination mit dem Pflege-Bahr nutzt man die staatliche Förderung.

Fragen zur Pflegevorsorge?

Die Kundenberatung des dbb vorsorgewerk steht telefonisch – montags bis freitags von 10 Uhr bis 16 Uhr unter 030. 4081 6444 beratend zur Seite und erstellt gerne ein individuelles Pflegevorsorge-Angebot. Auf Wunsch wird auch ein Berater vor Ort vermittelt. ■

Mehr Infos

Neues vom dbb vorsorgewerk

Der Krankenversicherungsschutz für Beamte und Beamtenanwärter setzt sich bekanntlich aus zwei Bausteinen zusammen: vom Dienstherrn gibt es die Beihilfe, der Rest wird über eine private Krankenversicherung abgedeckt. Letztere sollte wohlüberlegt abgeschlossen werden, denn Umfang und Qualität der angebotenen Tarife sind sehr unterschiedlich. Übrigens: Der langjährige exklusive Kooperationspartner des dbb vorsorgewerk, die DBV Deutsche Beamtenversicherung, hat im Test von FOCUS-MONEY (Heft 45/2020) für ihre beihilfekonforme Krankenversicherung die Bestnote (A++) erhalten. Bei der DBV besteht die Möglichkeit, einen Tarif passend zum individuellen Beihilfebedarf zu wählen.

Da dabei eine Vielzahl von Faktoren zu berücksichtigen sind, steht über die Webseite des dbb vorsorgewerk jetzt ein Beihilfe-Rechner für Beamte, Beamtenanwärter, Referendare und (neu) Heilfürsorgeberechtigte zum Vergleichen zur Verfügung.

Wer dann Interesse hat, füllt ein Kontaktformular aus und erhält ein Angebot – inklusive 3% Beitragsnachlass für dbb Mitglieder und ihre Angehörigen.

www.dbb-vorteilswelt.de/beihilfe-rechner